

Aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht

„Kein normales Land“

Professor Patrice Pieretti von der Uni Luxemburg zum Haushaltsentwurf 2013

INTERVIEW: DANI SCHUMACHER

Auf Grund seiner geringen Größe sind die Probleme, mit denen Luxemburg durch die Krise zu kämpfen hat, anders gelagert als in den übrigen europäischen Ländern, so Professor Patrice Pieretti von der Wirtschaftsfakultät der Uni Luxemburg. Luxemburg hatte zwar eine bessere Ausgangslage, das Land muss aber auch größere Anstrengungen bewältigen, wenn es wieder zu seinem gewohnt hohen Lebensstil zurückfinden will.

■ Die Verschuldung in Luxemburg ist innerhalb weniger Jahre von fünf auf heute 25 Prozent des BIP gestiegen, liegt allerdings weiterhin deutlich unter den Maastricht-Kriterien. Wie sehen Sie diese Entwicklung?

Ein solch rasanter Anstieg der Staatsschuld ist kein gutes Zeichen, auch wenn Luxemburg weiterhin die Maastricht-Kriterien erfüllt. Der Anstieg ist vor allem besorgniserregend, weil er eine Eigendynamik entwickelt, es entsteht eine Art Schneeballeffekt. Berechnet auf eine Gesamtschuld von zwölf Milliarden Euro, einem Schuldzins von ungefähr zwei Prozent und einer Wachstumsrate von 0,7 Prozent des BIP müssten wir einen Überschuss von 391 Millionen Euro erwirtschaften, damit die Schuld im kommenden Jahr nicht weiter ansteigt. Das entspricht immerhin einem Überschuss von 0,8 Prozent des BIP. Im Klartext bedeutet dies, dass die Schuld weiter steigen wird, sogar wenn der Etat für 2013 ausgeglichen wäre. Problematisch ist die Entwicklung auch deshalb, weil man nicht so einfach gegensteuern kann, das braucht Zeit.

■ Luxemburg schneidet EU-weit aber immer noch sehr gut ab, andere Länder haben einen deutlich höheren Schuldenstand ...

Eine Schuld in Höhe von 25 Prozent des BIP ist auch deshalb so gefährlich, weil Luxemburg ein sehr kleines Land ist. Unsere Wirtschaft ist sowohl was das Kapital als auch was die Arbeitskräfte angeht, auf das Ausland angewiesen. Wenn man aber ausländisches Kapital anziehen muss, muss man auch Sorge tragen, dass das Land attraktiv bleibt, das heißt, dass die Steuern recht niedrig bleiben. Bei der hohen Verschuldung ist es aber durchaus möglich, dass die Regierung irgendwann an der Steuerschraube drehen muss. Mit dem Resultat, dass ausländische Investoren kaum noch nach Luxemburg kommen werden, was sich wiederum negativ auf die Einnahmen auswirken wird.

■ Das gesamtstaatliche Defizit fällt vor allem deshalb nicht noch höher aus, weil die Sozialversicherungen bislang noch positiv abschließen. Gibt dies nicht ein falsches Bild?

Die Zahlen der Sozialversicherungen vertuschen das Defizit-Pro-



„Wenn wir uns in Zukunft darin ergeben müssten, ein normales Land zu sein, dann müssen wir zurückstecken und auch Einschnitte bei den Sozialleistungen in Kauf nehmen“, so Professor Pieretti von der Uni Luxemburg. (FOTO: ANOUK ANTONY)

blem. Auf den ersten Blick hilft es zwar schon, wenn man auf solche Ressourcen zurückgreifen kann. Wenn die Sozialversicherungen nämlich zurzeit noch Überschüsse erwirtschaften, ist dies ausschließlich auf die Dynamik des Arbeitsmarkts zurückzuführen. Die Entwicklung am Arbeitsmarkt steht aber wiederum in einem direkten Verhältnis zur Konjunktur. Zwar steigen die Beschäftigungszahlen im Moment weniger schnell als gewohnt, doch für 2013 rechnet der Stateg immer noch mit einem Anstieg von 1,3 Prozent. Wenn die Binnenbeschäftigung auf null absinken würde, wie dies bereits in einigen EU-Ländern der Fall ist, hätten wir ein gravierendes Problem.

■ Bei dem Anstieg von 1,3 Prozent bei der Beschäftigung handelt es sich aber lediglich um eine Prognose. Prognosen können aber sehr schnell überholt sein ...

In der Tat. Deshalb kommt es bei der Aufstellung des Haushalts ja

immer wieder zu Problemen, weil die Zahlen überholt sind, bevor der Entwurf überhaupt fertig ist. Eine Haushaltsnorm, die nur auf Prognosen basiert, greift meiner Ansicht nach zu kurz, weil es zu viele Schwankungen gibt. Man sollte deshalb bei der Aufstellung des Etats die langfristigen Tendenzen stärker berücksichtigen. Darüber hinaus müsste die Wachstumsrate fiskal relevanter gestaltet werden. Das Bruttoinlandsprodukt enthält nämlich viele Posten, die kaum „steuerträchtig“ sind, etwa der Staat selbst. Wenn man eine Haushaltsnorm definiert, tut man das ja auch mit dem Ziel, eine Politik zu schaffen, die es ermöglicht, die Ausgaben zu kontrollieren und gegenzufinanzieren. Wenn man aber die Haushaltsnorm anders definieren will, muss man personell gut aufgestellt sein. An einer Neudefinition führt aber letztendlich kein Weg vorbei, besonders für das kleine Luxemburg, weil unsere Wirtschaft so anfällig ist.

■ Das deutsche Institut für Wachstumsstudien geht davon aus, dass konstante Wachstumsraten bei entwickelten Volkswirtschaften langfristig die große Ausnahme sein werden. Heißt das, dass Luxemburg auch nach dem Ende der Krise nicht mit dem gewohnten Wirtschaftswachstum rechnen kann?

Wir befinden uns im Augenblick in einer sehr schwierigen Phase. Schwere konjunkturelle Dellen, wie wir sie zurzeit erleben, bringen die Wirtschaft in entwickelten Ländern nachhaltig aus dem Tritt. Bis sie auf den Gleichgewichtspfad zurückfindet, kann sehr lange dauern. Historische Beispiele gibt es genug, etwa der Einbruch der amerikanischen Wirtschaft nach dem Bankencrash von 1929 oder der deutschen Wirtschaft durch die Wirren des Zweiten Weltkriegs. Ich glaube deshalb nicht, dass wir die Krise in zwei oder drei Jahren überstanden haben werden, das gilt übrigens nicht nur für Luxemburg. Für

Luxemburg kommt erschwerend hinzu, dass wir uns in einem Strukturwandel befinden. Der Finanzsektor, von dem das Land in großem Maße abhängig ist, wird in Zukunft mit einer stärkeren Reglementierung konfrontiert sein, ich erinnere hier nur an Basel III. Heute haben wir bei den Steuern bereits den Informationsaustausch auf Nachfrage. Die nächste Etappe wird ein automatischer Informationsaustausch sein. Der Druck steigt. Der Finanzplatz wird sich also anders aufstellen müssen. Das gilt aber nicht nur für den Finanzsektor, sondern für alle anderen Branchen.

■ Je nach Blickwinkel ist der starke Anstieg der Ausgaben oder die fehlende Dynamik bei den Einnahmen der Hauptgrund für die budgetäre Schieflage. Wo liegt Ihrer Meinung nach das Problem?

Dieser Dualismus erklärt die Situation nicht hinreichend. Luxemburg ist kein normales Land. Wir hatten über Jahre hinweg anormal hohe Wachstumsraten. Ich kann durchaus verstehen, dass die Politik sich schwer tut, zu Sparanstrengungen aufzurufen, wenn die Einnahmen immer weiter sprudeln. Was ist passiert? Das Manna, das vom Himmel fiel, die Früchte des Wachstums wurden verteilt. Deshalb haben wir heute einen sehr starken Sozialstaat. Daran ist auch nichts auszusetzen. Unser Problem besteht vielmehr darin, dass wir davon ausgegangen sind, dass es ewig so weitergehen würde. Weil wir aber jahrelang von sehr hohen Einnahmen ausgehen konnten, haben wir jetzt, wo die Einnahmen ins Stocken geraten sind, ein Problem bei den Ausgaben. Und Ausgaben sind rigide und somit schwieriger in den Griff zu bekommen.

■ Luxemburg hatte vor der Krise ein deutlich besseres Polster als unsere Nachbarländer. Glaubt man verschiedenen Statistiken, kommen unsere Nachbarländer aber besser durch die Krise. Tut sich Luxemburg wirklich so schwer?

Ich habe nicht den Eindruck, dass die anderen Länder besser durch die Krise kommen. Luxemburg hat nämlich mehr Spielraum, weil es eine bessere Ausgangslage hatte. Frankreich steht mit dem Rücken zur Wand, in Belgien sieht es nicht viel besser aus. Was Deutschland angeht, sind die Meinungen geteilt. Allerdings müssen wir viel besser sein als unsere Nachbarländer, wenn wir wieder dahin gelangen wollen, wo wir einmal waren und wenn wir unseren sehr hohen Lebensstil dauerhaft beibehalten wollen. Denn, ich wiederhole es noch einmal, Luxemburg ist kein normales Land. Wenn wir uns in Zukunft wirklich darin ergeben müssten, ein normales Land zu sein, dann müssen wir zurückstecken und auch Einschnitte bei den Sozialleistungen in Kauf nehmen. Es stellt sich die Frage, ob wir nicht auch mit weniger auskommen würden.



Sparen in guten Zeiten: Es ist schwer, die Bevölkerung davon zu überzeugen, dass gespart werden muss, wenn die Einnahmen üppig weiter sprudeln. (FOTO: MARC WILWERT)